

Fünf Ideen für das #Kulturland21



Peter Grabowski ist
der kulturpolitische
reporter, <https://derkulturpolitischereporter.wordpress.com>

Peter Grabowski

Alles sah lange nach dem großen »Weiter so« aus. Dann stand die FDP vom Berliner Verhandlungstisch auf und sorgte für einen eingefrorenen Moment im nationalen Politikbetrieb. Ratlosigkeit machte sich breit, manche sprachen – obwohl ohne echte Not – bereits von »Staatskrise«. Tatsächlich ist die erste gescheiterte Regierungsbildung in sieben Jahrzehnten bundesrepublikanischer Geschichte aber eine große Chance. Für die Kultur des Landes könnte daraus sogar ein echter Aufbruch werden. Im Folgenden skizziere ich dazu fünf Ideen.

Mindestens 35 Milliarden Euro beträgt der finanzielle Spielraum für die Regierung der nächsten vier Jahre; in den Verhandlungen von Union, FDP und Grünen wurden durch Umschichtungen hie und da angeblich sogar 45 Milliarden Euro Verhandlungsmasse mobilisiert. Natürlich gibt es jede Menge sehr honoriger Anliegen für diese Summen, und einiges davon drängt womöglich auch. Doch eine Sache ist so wichtig für die Zukunft Deutschlands, dass sie ohne den geringsten Abstrich absolute Priorität haben sollte: Die Finanzen der Kommunen.

Nirgendwo sind die Bürger ihrem Staat näher als in den Städten und Gemeinden. Nichts löst so viel Unmut aus wie löchrige Straßen, marode Schulen und fehlende oder zu teure Kita-Plätze. Und kein Humboldtforum oder Museum der Moderne in Berlin kann ausgleichen, wenn zwischen Flensburg und Passau die Bibliotheken kein Geld für neue Bücher haben, die Theater am Ensemble und die Museen an der Vermittlung

und alle zusammen an der Kulturellen Bildung sparen müssen. In den Städten entscheidet sich, ob Kinder und Jugendliche zu kulturnahen Erwachsenen werden, und ob es für diese Erwachsenen Orte der Erbauung wie der Reflektion gibt. Will Deutschland künftig nur noch eine Art Onshore-Park kultureller Leuchttürme sein oder jene Kulturnation, zu der es sich in §35 des Einigungsvertrages von 1990 selbst erklärt hat?

47,6 Milliarden Euro! Das war laut Deutschem Städtetag die Summe der sogenannten Kassenkredite aller Kommunen des Landes zu Beginn des Jahres 2017. Das sind gerade mal zwei Milliarden Euro mehr als der oben erwähnte Spielraum der künftigen Bundesregierung. Dabei handelt es sich zwar nur um den Teil der kommunalen Schulden, der vergleichbar zum Dispo von Privatpersonen ist, aber hier wie dort ist es der mit den höchsten Zinsen. Allein die loszuwerden würde den Städten rund 3 Milliarden Euro zusätzlich bringen – pro Jahr. Mein Vorschlag lautet deshalb: Bis zum Jahr 2021 – mit dem Greifen der Schuldenbremse für Bund und Länder – werden die Kassenkredite der Städte und Gemeinden in Deutschland aus Mitteln des Bundes auf Null gestellt. DAS wäre ein echter Befreiungsschlag für das Gemeinwesen des Landes. Und damit gerade auch für die Kultur

Der nächste Punkt kostet ... nichts: Der Kultur- und Medienausschuss des Deutschen Bundestages findet seit seiner Einrichtung 1998 – außer bei ganz vereinzelt Anhörungen – nicht-öffentlich statt. Dass eine der freiheitlichsten Demokratien der Welt und selbsterklärte »Kulturnation« in ihrem Parlament

kulturelle Fragen nicht öffentlich erörtert und verhandelt, ist aus meiner Sicht ein Skandal. Die Fraktionen im Deutschen Bundestag – und namentlich der größte Bremser in dieser Angelegenheit, der Unions-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder – müssen dieser Peinlichkeit ein Ende bereiten!

Der dritte Punkt ist wieder eine Frage des Geldes: Wir brauchen eine nationale Task Force für Kulturbauten! Ob die gerade eingeweihte Elbphilharmonie oder die nicht fertig werden wollenden Opern in Köln und Berlin, ob die geplanten Sanierungen der Frankfurter Bühnen oder der beschlossene Konzertsaal in München: Überall geht es um mittlere bis hohe dreistellige Millionenbeträge. Eine Studie der Hertie School vom vergangenen Jahr hat für öffentliche Bauprojekte eine durchschnittliche Verteuerung von rund 44 Prozent ermittelt, bezogen auf die ursprüngliche Kalkulation. Es geht also nicht immer gleich um das Zehnfache wie beim Prestigeobjekt im Hamburger Hafen, doch gerade Kulturbauten werden oft noch mal deutlich teurer als andere Projekte. Warum?

Weil es sich in doppelter Hinsicht um Solitäre handelt. Erstens sind Theater, Museen und auch Bibliotheken kein Bürobau aus dem Standardkasten der Architektur, sondern werden für hochspezialisierte Verwendungen an exponierten Orten mit größtmöglichem städtebaulichem Anspruch entwickelt. Das macht sie nicht nur architektonisch einzigartig, sondern – zweitens – auch organisatorisch wie administrativ: In keinem Kultur-, Planungs- oder Hochbauamt einer deutschen Großstadt hat das aktuelle Personal in seinen Dienstjahren schon mal ein Opernhaus gebaut – woher sollten diese Leute also wissen, wie das geht? Viele erfahrene Projektentwickler halten diesen Umstand für das Hauptproblem bei der Realisierung von Kulturbauten. Eine bundesweit verfügbare Gruppe erfahrener Experten könnte hier viel bewirken, indem sie horrende Mehrkosten vermeidet und so auch das Vertrauen der Bürger in den Staat stärkt. Ab einer bestimmten Größenordnung sollte das Gremium verpflichtend in Planung und Realisierung von Kulturbauten eingebunden sein.

Punkt vier: Wir brauchen einen nationalen Kulturbericht! In keinem anderen Politikfeld werden weitreichende Entscheidungen auf so dünner Datenbasis getroffen wie in der Kulturpolitik. Wir wissen gerade mal einigermaßen genau, wie viel Geld die öffentliche Hand für kulturelle Zwecke ausgibt. Es existiert aber weder eine standardisierte Erhebung von Zahl und Art der Kulturinstitutionen im Land, noch wissen wir, wer dort zu welchen Honoraren und Gehältern was macht und – vielleicht sogar die wichtigste Frage – wie sich das auswirkt. Jede neue Ampel in einer deutschen Großstadt ist fundierter begründet als eine Theatersanierung für 50 Millionen Euro. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Zuletzt: Der Etat von Kulturstaatsministerin Monika Grütters ist mehr als 1,6 Milliarden Euro schwer. Allein der Haushalt für 2017 verzeichnete eine Steigerung um sage und schreibe 260 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr. Der Bund investiert dieses Geld aber fast ausschließlich in Steine und große Organisationen – direkt in die Kunst (ohne den Film) fließen über die Bundeskulturstiftung nicht mal 40 Millionen Euro.

Angesichts dieser Summen ist es höchste Zeit für ein Bundeskunstprogramm. Mein Vorschlag: 2.500 Künstlerinnen und Künstler bekommen für jeweils vier Jahre 2.500 Euro monatlich ausbezahlt. Das kostet jährlich 75 Millionen Euro. Rechnen wir fünf Millionen für Juryarbeit, Sach- und Verwaltungskosten drauf, bekäme die Bundesrepublik Deutschland – eines der reichsten Länder der Welt – für nicht mal 100 Millionen Euro eine nationale Künstlerförderung, die dem selbst gewählten Anspruch einer Kulturnation wenigstens einigermaßen gerecht würde.

Eine »Aufgabe von nationaler Bedeutung« wäre das allemal – und damit dürfte der Bund sich hier auch finanziell engagieren. Der geistige Reichtum, den uns das bescherte, wäre sogar unbezahlbar. Zusammen mit den anderen vier Punkten könnte er zum Fundament eines beispiellosen kulturellen Aufbruchs werden: #Kulturland21! ■

Paternoser- statt Fahrstuhl-Effekt

»Im Fahrstuhl der Industriegesellschaft fahren alle Schichten nach oben, wurden wohlhabender und konnten sich als Teil des Fortschritts empfinden. Im Paternoster der postindustriellen Gesellschaft hingegen fährt gleichzeitig eine Kabine nach oben und eine nach unten. Dies bezieht sich nicht nur auf den sozialen, sondern auch und gerade auf den kulturellen Auf- und Abstieg. Die kosmopolitische Akademikerklasse mit ihrem hohen kulturellen Kapital feilt an ihrem gesellschaftlich vorbildlichen ‚guten Leben‘ und einer durchgreifenden Formung ihres Alltags als etwas wertvollem und Einzigartigem. Die neue Unterklasse und die alte Mittelklasse befinden sich hingegen in der Kabine nach unten, mehr und mehr out of step mit dem kulturellen Fortschritt. Hier findet eine Entwertung von Lebensstilen, Werten und Qualifikationen statt.«

Andreas Reckwitz: Die alte und die neue Mittelschicht, in: FAZ Nr. 42, 22.10.2017, S.46